

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:  
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30  $\mathcal{A}$ ,  
für Versammlungsanzeigen 10  $\mathcal{A}$  pro Zeile.

## Werbt Mitglieder für unsern Zentralverband!

Der nunmehr über ein Jahr dauernde Weltkrieg mit seinen furchtbaren Opfern an Gut und Blut hat auch in die Reihen unseres Zentralverbandes sehr empfindliche Lücken gerissen. Mehr als 58 pZt. seiner Mitglieder stehen unter den Waffen, und von den bis jetzt Daheimgebliebenen wird in den kommenden Monaten noch gar mancher seine Einberufung zum Militär zu gewärtigen haben. Dadurch werden sich unsere Reihen noch mehr lichten, und deshalb gilt es, für Ersatz zu sorgen. Nicht daß wir für die Existenz unserer Organisation zu fürchten hätten! O nein, so stehen die Dinge nicht! Wir konnten im Gegenteil erst kürzlich an dieser Stelle nachweisen, daß unser Zentralverband das erste Kriegsjahr überraschend gut überstanden hat, besser, als wir alle es zu Beginn des Krieges zu hoffen gewagt haben. Trotzdem darf die Werbearbeit für unsere Organisation nicht ruhen, sie ist vielmehr ein dringendes Bedürfnis.

Gewiß, wir verkennen nicht, daß die gegenwärtigen Zeitumstände diese Arbeit nicht gerade erleichtern. Allein, wann hätte es jemals eine Zeit gegeben, in der nicht bei der Arbeit für die Organisation Schwierigkeiten zu überwinden gewesen wären? Und besonders bei der Werbearbeit! Aber wann jemals sind wir vor solchen Schwierigkeiten zurückgeschreckt? Das ist niemals geschehen! Immer wenn der Ruf zur Agitation für unsern Zentralverband erging, haben die hierzu befähigten Kameraden ihre Kraft in den Dienst unserer Sache gestellt, sind sie der mannigfachen Schwierigkeiten in gemeinschaftlichem Zusammenwirken nach kurzer Zeit Herr geworden und haben schöne Erfolge erzielt. Sollte das heute anders sein? Mit nichten!

In so mancher Hinsicht ist ja die Gegenwart der Verbreitung der Organisationsidee besonders günstig. Auf allen Gebieten des täglichen Lebens, wohin wir auch blicken mögen, feiert die Organisationsidee zurzeit ihren höchsten Triumph. Kein denkender Mensch kann sich heute der Einsicht verschließen, daß nichts ist ohne Organisation, hingegen alles durch sie und mit ihr. Diese Sachlage wird sicherlich unsere Werbearbeit fördern helfen, die Kleingläubigen und Zweifler mitreißen.

Ueber das Wesen unseres Zentralverbandes, seine Aufgaben und sein Ziel sind alle Mitglieder aus dem Verbandsstatut unterrichtet. Zur Belehrung der unorganisierten Zimmerer hierüber hat der Zentralvorstand unseres Verbandes, wie er bereits in voriger Nummer des „Zimmerer“ den Zahlstellen bekanntgegeben, ein Flugblatt drucken lassen, das in diesen Tagen zur Verteilung kommen soll. Mit der Herausgabe dieses Flugblattes hat der Zentralvorstand vielfachen Anregungen aus Verbandszahlstellen entsprochen. Es muß demnach in recht vielen Zahlstellen ein Bedürfnis für ein solches Flugblatt vorhanden sein. Das läßt erwarten, daß auch überall seine Verteilung energisch in die Hand genommen wird; denn auch das beste Flugblatt bleibt unwirksam, wenn es nicht an den rechten Mann kommt. Möge deshalb überallhin, wo noch unorganisierte Zimmerer anzutreffen sind, das Flugblatt seinen Weg finden.

Mit der Verteilung des Flugblattes allein ist es jedoch nicht getan; die durch das Flugblatt angeknüpfte Verbindung mit den Unorganisierten muß aufrecht-

erhalten und sorgsam gepflegt werden, bis sie über die Einrichtungen unserer Organisation hinlänglich aufgeklärt sind, die Notwendigkeit ihres Anschlusses an dieselbe erkannt und diesen selbst vollzogen haben. Zur Erreichung dieses Zieles bedarf es großer Umsicht, Geschicklichkeit und Ausdauer; es gilt vor allem, überzeugend zu wirken durch Erfahrungen und Tatsachen, woran ja unser Zentralverband so sehr reich ist. Wo die Werbearbeit richtig einsetzt und planmäßig fortgeführt wird, kann der Erfolg gar nicht fehlen.

Daß es möglich ist, auch während des Krieges die Mitgliederzahlen unseres Zentralverbandes in ganz erheblichem Maße zu stärken, beweisen die seit Kriegsausbruch in sehr vielen Zahlstellen vollzogenen Neuzugänge und Wiederaufnahmen.

Drum frisch hinein in die Werbearbeit! Möge sie guten Erfolg bringen!

## Die Wirtschaftsgestaltung in der Zukunft.

e. Zu Beginn des vorigen Winters, also einige Monate nach Kriegsausbruch, als der Bundesrat die ersten Maßnahmen zur Regelung der Volksernährung getroffen hatte, schrieb der Sozialpolitiker Edgar Jaffé in München im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik:

„Eins aber ist gewiß: nach diesem Kriege, im kommenden Frieden wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein wie vorher. Ob wir wollen oder nicht, der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Ruck nach vorwärts bedeuten, und dieser Fortschritt kann kein anderer sein als der auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft. Was heute unter dem Druck der militärischen Notwendigkeiten geschieht, wird und kann mit diesen nicht wieder verschwinden. Wahrscheinlich sind die Kriegsmaßnahmen nur der Auftakt zu prinzipiellen Neugestaltungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist.“

Derselben Erwartung gab der gleiche Verfasser Ausdruck in einem Artikel, den er vor Ostern veröffentlichte und dem er die Ueberschrift gab: „Die „Militarisierung“ des Wirtschaftslebens“.

Kräftige Pfeile verschießt Jaffé gegen den Grundsatz der sogenannten „freien Konkurrenz“, auf der sich das gegenwärtige Wirtschaftssystem aufbaut. Er erklärt und weist nach, daß dieses Prinzip nicht instand sei, ein gesichertes Wirtschaftsleben herbeizuführen, es entspreche auch nicht dem innersten Wesen unseres Volkes. Die freie Konkurrenz ermöglicht eine schrankenlose Erweiterung des Unternehmerrgwinnes, mache das ganze Wirtschaftsleben unruhig, bringe die Sucht nach steter Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes mit sich, stachele zu neuen Bedürfnissen an und ersetze die besseren Qualitäten der Waren durch schlechtere. Seit mehreren Jahrzehnten strebe zwar der private Wirtschaftsbetrieb durch Kartell-, Ring- und Trustbildungen dem privaten Monopol zu, aber dadurch würden die schweren Schäden der kapitalistischen Produktion nicht beseitigt, sondern die Unternehmerrgwinne steigerten sich dadurch nur noch mehr ins Ungemessene.

Der Krieg, so führt Jaffé weiter aus, verhelte uns nun dazu, in den privaten Monopolen, zu denen sich der Kapitalismus ausgewachsen hat, nur ein Uebergangsstadium zur Uebernahme der Produktion in Besitz und Verwaltung der Allgemeinheit zu erblicken; die privaten Monopole müßten in öffentliche Monopole verwandelt werden, also in solche, die in den Händen des Staatsganges liegen und im Interesse der Gesamtheit ausgeübt werden. Die kapitalistische Ordnung müsse aus politischen Gründen ausgeschaltet und durch gemeinwirtschaftliche ersetzt werden. Geschehe das nicht, so werde Deutschland einem privatkapitalistischen Feudalismus verfallen; der Unternehmerrgwinne sei zugunsten der Allgemeinheit mit Beschlagnahme zu belegen und müsse von der Willkür verschwinden.

Statt daß Jaffé für die von ihm empfohlene Neuordnung des Wirtschaftslebens den üblichen und zutreffenden

Ausdruck Staatssozialismus gebraucht, spricht er von einer „dauernden Militarisierung“ des Wirtschaftslebens. Zur Sicherung der höchsten Steigerung der Leistungsfähigkeit müsse unsere Wirtschaft auch im Frieden den militärischen Einschlag beibehalten, das sei notwendig aus Gründen der Zweckmäßigkeit, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. An Nahrungsmitteln und Rohstoffen müsse stets ein eiserner Bestand in einer Höhe vorrätig gehalten werden, daß eine Knappheit, wie sie während des Krieges zutage getreten sei, nicht wieder eintreten könne. Von Futtermitteln, wie Mais und Gerste, von Nahrungsmitteln, wie Weizen, von Rohstoffen, wie Kupfer, Petroleum, Benzin, Gummi, Baumwolle, Jute usw., die wir im Inlande nicht oder nicht in genügender Menge erzeugen, müßten mindestens soviel aufgestapelt werden, wie der Verbrauch und dem Konsum eines Jahres entspreche. Zu verbinden sei damit „eine weitgehende Regulierung der Preise solcher Produkte durch den Staat sowohl beim Einkauf wie bei der Abfuhr der Vorräte an den Konsum.“ Für ganz sicher hält Jaffé die Beibehaltung des staatlichen Getreidemonopols für inländisches Getreide.

Die ungeheuer erhöhten Ansprüche an die Reichskasse, die sich nach dem Kriege bemerkbar machen werden und über deren Größe die neueste Rede des Schatzsekretärs Helfferich im Reichstage keinen Zweifel gelassen hat, werden nach Jaffé zu Reichsmonopolen für Tabak, Zigarren und Zigaretten, Branntwein, Petroleum und Zündhölzer führen. Auch die Abgabe der Elektrizität für Licht- und Kraftzwecke komme als Reichsmonopol in Betracht. Alle diese Produktionszweige würden nach dem Vorschlage Jaffés lediglich vom Reiche zu verwalten sein, während der Handel mit Getreide, Wolle, Kupfer usw. zwar auch einseitlich für das ganze Reich zu organisieren wäre, jedoch nicht direkt vom Reiche, sondern nur unter seiner Einflußnahme von halböffentlichen Körperschaften zu leiten sei.

Das entscheidende Gewicht legt Jaffé aber nicht auf die größere Zweckmäßigkeit einer derartigen Neuordnung des Wirtschaftslebens gegenüber dem bisherigen Zustande, sondern die Hauptsache ist ihm die Anerkennung des Grundsatzes, daß mit dem privatkapitalistischen Ausbeutungsrecht ausgeräumt werden müsse. Der freie Wettbewerb und das daraus entstandene private Monopol sei aus England nach Deutschland gekommen; der „Genius des deutschen Volkes“ lehne beides ab. Wenn darüber geklagt werde, daß sich nicht genügend viele junge Leute dem Wirtschaftsleben zuwenden, so sei diese Erscheinung erklärlich, weil unserm Wirtschaftsleben „das Pathos der Hingabe, der Arbeit für die Gesamtheit“ fehle. Es sei ganz natürlich, daß die Besten des Volkes sich nicht angezogen fühlen durch die Aussicht, mit ihrer Lebensarbeit nur sich selbst, nicht aber der Gesamtheit zu dienen. Diese ideale Veranlagung unserer Jugend dürfe nicht allzu gering eingeschätzt werden. Nur ein von Grund aus verändertes Wirtschaftsleben könne dem idealen Streben Befriedigung gewähren. Die Parole müsse lauten: „Mehr Arbeit für weniger Gewinn; auf der anderen Seite größere innere und äußere Befriedigung für den Arbeitenden.“ Je mehr das Gewinnprinzip aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet werde, desto würdevoller sei es. Die Aenderung der Gesinnung sei die Hauptsache. Nicht Gewinn, sondern Leistung!

Wie weit die Hoffnungen des Herrn Jaffé sich verwirklichen werden, wird die Zukunft zeigen. Das Verhalten der Reichsregierung gegenüber den Beschwerden über den Wucher mit Lebensmitteln ist nicht geeignet, die Segel hoher Erwartungen zu blähen. Was er empfiehlt, ist der alte Staatssozialismus, den die Arbeiter mit vollem Rechte ablehnen, solange sich die Staatsleitung nicht weitestgehender demokratischer Kontrolle unterwirft. Staatssozialismus ohne ausgeprägte demokratische Kontrolle verbessert nicht die Lage der Arbeiter, sondern macht letztere nur noch abhängiger, rechtloser. Dann schon lieber die „freie Konkurrenz“ mit allen ihren Nachteilen, als Staatssozialismus ohne starke demokratische Mitbestimmung. Vielleicht ist's nur Zufall, daß Jaffé diese Seite der Frage nicht mit be-

leuchtet hat; vielleicht ist's aber auch Absicht. Es mag dahingestellt bleiben, ob er im letzten Abschnitt die Jugend der besserstuierten Klassen richtig einschätzt, wenn er behauptet, sie bleibe um deswillen dem Wirtschaftsleben fern, weil dessen Aussichten auf materiellen Gewinn ihr keine innere Befriedigung gewähren, sie wolle nicht nur sich selbst, sondern der Gesamtheit dienen. Solche ideal gerichtete Geister mögen vorhanden sein, allein die Mehrheit bilden sie nicht. Glaubt aber Herr Jaffe, die Arbeiter würden seinen Vorschlägen jubeln, weil sie anscheinend zum Sozialismus führen, so ist ihm zu erwidern, daß für den Arbeiter Sozialismus und Demokratie untrennbare Begriffe sind. Kein Sozialismus ohne volle Demokratie, vor allem aber kein „militärischer“ Sozialismus.

### Hinterbliebenen-Versorgung der nicht zum Feldheere gehörigen Militärpersonen.

In weiten Kreisen besteht über die Anwendung des Militärhinterbliebenengesetzes Unklarheit. Es wird angenommen, daß auch den nicht zum Feldheere gehörigen Militärpersonen, welche Hinterbliebene beim Tode hinterlassen, ein Anspruch auf Kriegsversorgung zusteht. Diese Auffassung ist aber unzutreffend. Es haben die Hinterbliebenen eines dem im mobilen Ersatztruppenteil Angehörigen nur Anspruch auf die allgemeine Versorgung, niemals aber auf die Kriegsversorgung, die nur den Hinterbliebenen eines im Feldheere Verstorbenen zusteht. Es würde also den Hinterbliebenen einer zur Bewachung eines Gefangenelagers kommandierten Militärperson, die an den Folgen einer Dienstbeschädigung verstorben ist, nur die allgemeine Versorgung, nicht aber die Kriegsversorgung zugesprochen werden können. Ist aber der Verstorbenen infolge des eingetretenen Krieges außerordentlichen Anstrengungen oder Entbehrungen oder dem Leben und der Gesundheit gefährlichen Einflüssen ausgesetzt gewesen, so kann den Hinterbliebenen ein den Beträgen der Kriegsversorgung entsprechendes Witwen- und Waisengeld gewährt werden. Allerdings hängt diese Zuwendung von dem Ermessen der obersten Militärbehörde des Kontingents ab, und ein Rechtsanspruch für die Hinterbliebenen besteht hierauf nicht. Es wollen aber dennoch die Hinterbliebenen der im mobilen Truppenteil verstorbenen Militärperson die Sachlage von rechtskundiger Seite prüfen lassen, ob nicht Witterungseinflüsse, anstrengender Dienst oder Entbehrungen den Tod herbeigeführt haben, damit wenigstens auf dem letztgenannten Wege ein der Kriegsversorgung entsprechendes Witwen- und Waisengeld gewährt werden kann. Bekanntlich besteht die allgemeine Versorgung in einem Witwengeld von M. 300 und Waisengeld von nur M. 60 (ein Fünftel des Witwengeldes). Die Angehörigen eines im Feldheere Verstorbenen haben noch außerdem Anspruch auf die Kriegsversorgung. Diese beträgt bei der Witwe eines Gemeinen M. 100 und einer Waise (ohne Unterschied) M. 108. Es wäre mithin bei Beachtung der Differenz zwischen allgemeiner Versorgung und Kriegsversorgung in manchen Fällen — je nach der Ursache des einzelnen Verstorbenen im mobilen Truppenteil — für die Witwe eines Gemeinen M. 100 und einer Waise M. 108 pro Jahr mehr herauszuholen. Auf jeden Fall wollen die Hinterbliebenen einer nicht zum Feldheere gehörigen Militärperson beim Tode ihres Ernährers auf vorstehende Erläuterungen achten und hiernach handeln im eigenen Interesse. R. V.

### Die Verordnung gegen den Kriegswucher.

(Vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen.)  
Nachdem insbesondere die süddeutschen Generalkommandos mit Verordnungen gegen den Kriegswucher vorangegangen waren, hat am 28. Juli 1915 auch der Bundesrat auf Veranlassung vor allem der sächsischen und württembergischen Regierung eine Verordnung zum Schutze gegen den Kriegswucher und zu seiner Bestrafung erlassen. Die Verordnung erstreckt sich auf Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungsmittel aller Art, sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, die vom Eigentümer zur Veräußerung erworben oder erzeugt sind und für die Höchstpreise nicht festgesetzt sind. Wenn solche Gegenstände dem Verbrauch vorzuenthalten werden, können sie beschlagnahmt werden. Um Schiebungen zu vereiteln, sind Preisvereinbarungen über sie in den letzten 14 Tagen vor Bekanntgabe der Verordnung bei der Festsetzung des Preises im Falle der Beschlagnahme nicht zu berücksichtigen; wird dabei ein um 5 pZt. höherer Preis als der Einkaufspreis festgesetzt, so ist durch die Vermittlung der Landeszentralbehörde die Genehmigung des Reichsanwalters einzuholen. Wer für solche Gegenstände Preise fordert oder sich von andern gewähren oder versprechen läßt, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder sie zu diesem Zweck zurückhält oder vernichtet und andere unlaute Wucherschaften vornimmt, endlich wer an einer Verabredung oder Verbindung zu diesem Zwecke teilnimmt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu M. 10000 oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Dabei sei angemerkt, daß unsere Gerichte von der Befugnis hoher Geldstrafen, die doch gerade gegen solche aus gewinnstüchtigen Beweggründen handelnde Übeltäter am wirksamsten sind, bei Verletzungen sozialer Schutzbestimmungen viel zu wenig Gebrauch machen. Wenn sich einer durch solche Verletzungen Tausende verdient hat, lacht er das Gericht einfach aus, das ihn in kurzfristigem Schematismus, weil er noch nicht vorbestraft ist — ein Umstand, auf den geradezu in ungläublicher Weise bei Festsetzung des Strafmaßes gesündigt wird —, mit M. 5 Geldstrafe belegt, statt mit M. 5000, was etwa dem Volksempfinden und der Kraft seines verbrecherischen Willens entsprechen würde.

Leider ist zweifelhaft, ob die Verordnung allgemein genug ist, um bei verständiger Auslegung allen im nahen Bereich der Möglichkeit liegenden Fällen des Kriegswuchers vorzubeugen. So ist zum Beispiel zweifelhaft, ob sie auf jene Lederproduzenten und Händler angewendet werden kann, die das Leder zurückhalten und so zu der fabelhaften Höhe emporgeschraubt haben, daß ein Paar Stiefelsohlen mit Arbeitslohn

nicht mehr unter M. 5,50 bis M. 6 zu haben sind. Es fragt sich nämlich, ob Leder zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen ist. Aber es ist immerhin ein sehr beachtenswerter Fortschritt, daß jetzt allgemein wucherische Preistreiberereien, namentlich mit Lebensmitteln, bekämpft werden können, zum Beispiel auch jene Produzenten, die das Gemüse vernichten, um den Preis zu halten.

Damit aber die Verordnung kein toter Buchstabe bleibt, ist die werktätige Mitwirkung der Konsumenten unbedingt notwendig. Das Denunzieren widerspricht ja dem feineren Gefühl, und das harte Wort vom Denunzianten ist wohl gerechtfertigt, wenn aus Konkurrenzneid oder Rachsucht denunziert wird. Aber ebenso gilt auch das Wort: „Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter.“ Darum ist es zum Selbstschutz der Verbraucher notwendig, daß Verfehlungen gegen die Verordnungen der Behörde angezeigt werden. Die berechtigten Interessen der Gesamtheit müssen über dem in diesem Fall ganz unangebrachten Gefühl des einzelnen stehen. Jeder organisierte Konsument hat die Pflicht, solche Verfehlungen dem Kriegsausschuß zu melden, damit Abhilfe geschaffen werden kann. Ein solches Verfahren ist viel wirksamer als das Schimpfen über die Händler und Agrarier. Die Konsumvereine und andere Genossenschaften der Konsumenten sowie die Gewerkschaften der Arbeiter, die Organisationen der Angestellten und Beamten können auch ihrerseits dazu mitwirken, daß die Verordnung ihren Zweck erreicht und weitere wucherische Preistreiberereien unterbindet.

Ihre Mithilfe ist unentbehrlich, wenn es gilt, an der richtigen Stelle einzugreifen. Diese ist nicht immer der Kleinhändler, der nur die ihm durch die Zwischenhändler an letzter Stelle ausgenütigten hohen Preise fordert. Es kann aber auch gerade gegen die Vereinigungen der Milchhändler, Schlächterinnungen usw., die vielfach von den Behörden bei Preisfestsetzungen als Sachverständige zugezogen werden, unter Umständen ein Einschreiten notwendig werden. Ohne Sachverständnis und praktische Erfahrungen ist es aber hier schwer, einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Darum wird es nicht bloß aus Gefühl, sondern aus rein sachlichen Gründen zweckmäßiger sein, wenn der einzelne, dem Verfehlungen gegen die Verordnung bekannt werden, sein Material dem Verbraucherauschuß, seinem Konsumverein oder seiner Gewerkschaft unterbreitet, damit diese ihre Sachkunde und praktische Erfahrung zur wirksamen Abstellung der Uebelstände nutzbar machen können. Gegen Zuckerrucher ist bereits Erfolg erzielt worden; Butterpekulanten ist man auf den Fersen. Es möge sich also jeder seiner Pflicht gegen die Gesamtheit erinnern, dann wird die neue Verordnung segensreich wirken.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat es inzwischen in einem Erlaß den Handelskammern und kaufmännischen Korporationen ans Herz gelegt, sich in den Dienst der Bestrebungen zu stellen, die mit der Bekanntmachung des Bundesrats verfolgt werden. Handel und Gewerbe sollen sich unter Zurückstellung ihrer reinen Erwerbsinteressen vor allem als im Dienste der Allgemeinheit stehend betrachten. „Der Krieg darf unter keinen Umständen als Konjunktur angesehen werden, aus der der größtmögliche Gewinn herauszuholen ist.“ Noch weiter geht die sächsische Ausführungsverordnung, die die Verwaltungsbehörden anweist, die Wucherverordnung dazu zu benutzen, um eine Herabdrückung übermäßiger Preise herbeizuführen und wegen eines übermäßigen Gewinns gerichtliche Strafverfolgung einzuleiten, möge sich ein solcher Gewinn nun beim Produzenten, beim Zwischen- oder Detailhändler finden. Diese Maßnahme verdient Nachahmung.

### Die örtliche Zentralisation der Arbeitsvermittlung.

Die neueste sozialpolitische Errungenschaft sind die „Zentralauskunftsstellen“, die jetzt auf Empfehlung der Regierungen in allen größeren Orten errichtet werden sollen. Im Mai 1915 erschien eine Bundesratsverordnung, nach der alle nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise (also vorzugsweise diejenigen der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen) sich beim Kaiserlichen Statistischen Amt in Berlin zu melden hatten. Gleichzeitig erhielten diese Arbeitsnachweise die Verpflichtung, ihre nichterledigten Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal bei demselben Amte anzumelden, damit in dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ eine entsprechende Bekanntmachung erscheint. Von dieser letztgedachten Meldepflicht können alle diejenigen Arbeitsnachweise befreit werden, die im Jahre weniger als 200 Stellen vermitteln oder die einer örtlichen Sammel- oder Zentralstelle angehören, die diese Meldung für den ganzen Ort besorgt.

In Ergänzung dieser Verordnung geben jetzt die Ministerien in den einzelnen Bundesstaaten Erlasse heraus, die insbesondere die Ausgestaltung einer näheren Verbindung der Arbeitsnachweise an den größeren Orten bezwecken. Es wird auf die Zersplitterung der Arbeitsvermittlung in den größeren Städten hingewiesen und betont, daß ein Ausgleich in der Arbeitsvermittlung unter den einzelnen Arbeitsnachweisen sehr ratsam ist. Es sollen deshalb möglichst in allen größeren Orten „Zentralauskunftsstellen“ errichtet werden. Die höheren Verwaltungsbehörden (in Preußen die Regierungspräsidenten) werden ersucht, alsbald unter Hinzuziehung der Verwaltungen der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise zu erwägen, wie ein engeres Zusammenwirken aller Arbeitsnachweise eines Ortes durch Schaffung von Zentralauskunftsstellen oder ähnlichen Einrichtungen herbeigeführt werden könne. Die Stellen sollen zum Mittelpunkt der ganzen Stellenvermittlung am Orte werden und alle einschlägigen Arbeiten, wie Arbeitsmarktstatistik, Aufnahmerteilung in Fragen der Arbeitsvermittlung usw., erledigen. Ueber die nähere Organisation dieser Zentralauskunftsstellen bestehen keine Vorschriften.

Man kann die ganze Einrichtung als einen, wenn auch sehr kleinen Fortschritt betrachten. Die Zentralauskunftsstelle soll der Anfang des örtlichen Arbeitsamtes sein, das insbesondere von den Vertretern der Arbeiterbewegung schon längst gefordert wird. Zuletzt wurde im März dieses Jahres von einer großen Zahl von Arbeiterorganisationen unter Führung der Generalkommission der freien Gewerkschaften an die Reichsregierung eine Eingabe eingereicht, in der für jede größere Gemeinde mit ihren Vororten sowie für je einen Bezirk von kleineren Gemeinden ein Arbeitsamt verlangt wird. Diesem Amte sollen alle Arbeitsnachweise in seinem Bezirk unterstellt werden. Die Verwaltung soll sich zusammen-

legen zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter auf Grund einer Verhältniswahl. Die Leitung soll einem unparteiischen Vorsitzenden übertragen werden. Die Aufgaben der Arbeitsämter sind in der Eingabe näher dargelegt. Der Reichstag stimmte in seiner Sitzung vom 20. März 1915 diesen Forderungen zu und ersuchte die Regierung um die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes. Der Staatssekretär des Innern gab zu, daß auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises die bestehenden Verhältnisse nicht ideal seien. Es sei aber nicht angängig, während des Krieges eine umfassende Regelung dieser Frage vorzunehmen.

Es muß schon jetzt darauf gesehen werden, daß die „Zentralauskunftsstellen“ den Anforderungen entsprechen, die billigerweise die Arbeiter an sie stellen dürfen. Vor allem wird darauf zu achten sein, daß sie eine möglichst demokratische Organisation erhalten und in der Anteilnahme an der Verwaltung die Gewerkschaften nicht übergangen werden. Anscheinend bemüht sich der Verband deutscher Arbeitsnachweise sehr, die neuen Organisationen ganz in seine Hände zu bekommen. Hiergegen ist mit Rücksicht auf die Bestrebungen dieses Verbandes Stellung zu nehmen. Die Zentralstelle soll die Institution sein, die der Organisation des Arbeitsnachweises neue Wege ebnet. Sind die Gewerkschaften bei der Errichtung der Zentralstellen unberücksichtigt geblieben, so kann Beschwerde an den Regierungspräsidenten erhoben werden. Öffentlich wird sich in der gegenwärtigen Zeit nicht die Notwendigkeit hierzu herausstellen.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Agitation.

Mehrfachen Wünschen aus Verbandszahlstellen entsprechend, hat sich der Zentralvorstand zur Herausgabe eines Flugblattes entschlossen, das ganz besonders für die Agitation unter den unorganisierten Zimmerern bestimmt ist. Das Flugblatt wird in diesen Tagen den Gauleitern zugeföhrt. Die Verbandszahlstellen haben es in der erforderlichen Anzahl bei dem zuständigen Gauleiter zu bestellen. In allen Verbandszahlstellen ist in der nächsten Zeit eine rührige Werbearbeit für unsern Zentralverband zu entfalten, wobei das Flugblatt den diese Arbeit verrichtenden Kameraden wirksame Hilfe leisten soll und wird. Wir erwarten, daß besonders die Zahlstellenvorsitzende alles aufbieten, um den Mitgliederkreis unseres Zentralverbandes, der durch die überaus zahlreichen Einberufungen zum Militär wesentlich kleiner gemordet ist, zu erweitern. Bei der Verteilung des Flugblattes sollen möglichst alle unorganisierten Zimmerer berücksichtigt werden, damit sie Gelegenheit zum Anschluß an unsere Organisation erhalten. Voraussetzung ist natürlich, daß die Agitation mit Umsicht und Geschick betrieben werden wird; das wird den Erfolg nur steigern.

Der Zentralvorstand.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Breslau.** Unsere am 19. August im Gewerkschaftshause stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich im ersten Punkte mit der Antwort des Arbeitgeberbundes auf unsere nachgesuchte Teuerungszulage. Sie lautete dahin, daß sich die Zentralinstanzen seit geraumer Zeit mit dieser Frage befaßen und der Breslauer Arbeitgeberbund ihnen nicht vorgehen könne. Gleich nach Eingang dieser Antwort wurde aber im „Zimmerer“ bekanntgegeben, daß diese Aktion resultatlos verlaufen sei. Hierauf hat der Zahlstellenvorstand erneut den hiesigen Arbeitgeberverband erucht, nun endlich diese Frage zur Erledigung zu bringen. Seine Antwort steht noch aus. Die Versammlung bedauerte das Verhalten der Unternehmer um so mehr, als diese bei andern Gelegenheiten zugegeben haben, daß in Breslau die Lebensmittel eine noch nie gekannte Höhe erreicht haben und täglich sich noch unausgeseht nach oben bewegen. Im weiteren wurde auch festgestellt, daß andere Unternehmerorganisationen, wie beispielsweise die Töpfer, Buchbinder usw., ihren Arbeitern derartige Zulagen schon längst gewährt haben. Als es galt, die Löhne der Junggefelln widerrechtlich zu verschlechtern, da waren die Unternehmer sehr schnell zur Hand. Es wurde bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß die Stadt Breslau allen Vertragsmeistern, das sind diejenigen, welche für die Stadt Breslau Zimmerarbeiten während der Kriegszeit geliefert haben, 20 pZt. Zuschlag auf diese Arbeiten reitlos nachgezahlt hat. Auch die Heeresverwaltung hat den Unternehmern für ihre Arbeiten die sogenannten Kriegspreise gewährt. Unter diesem Gesichtspunkt ist das Verhalten des Breslauer Arbeitgeberbundes um so unverständlich. Der Vorstand wurde von der Versammlung beauftragt, die Gelegenheit weiter zu verfolgen und den Mitgliedern zur rechten Zeit die erforderlichen Direktiven zu geben. Im zweiten Punkte wurde unsere Agitation auf den Baustellen einer Besprechung unterzogen, wobei erwähnt wurde, daß uns die letzten Wochen wiederum einen schönen Zuwachs an Neuaufnahmen gebracht haben. Dieses haben wir aber nur unserer Kleinarbeit zu verdanken. Leider muß gesagt werden, daß etliche Kameraden bei dieser Arbeit ganz versagen und sich lediglich auf andere verlassen. Bei der Agitation hat es sich aber auch gezeigt, daß viele Ausreden herhalten müssen, um sich von der Zugehörigkeit zum Verbands drücken zu können. Solche Ausreden sind stets gründlich zu prüfen. Dann wurde noch mitgeteilt, daß der Kamerad Gustav Eckert, langjähriger Vorsitzender der Zahlstelle Deutsch-Biffa, wegen Schulden gestrichen werden mußte und jetzt in Breslau arbeitet. Zum Punkt „Ueberstundenwesen“ wurde beschlossen, da es noch arbeitslose Kameraden in großer Anzahl gibt, daß die Ueberstunden zu unterlassen sind, damit in dieser ernsten und schwierigen Zeit ein jeder die notwendige Erpfitenz finden kann. Beschwerde wurde weiter geführt über das Geschäft des Obermeisters Hoffelder. Dort ist es vorgekommen, daß der Zimmergeselle Nowak bei der Arbeit einen unserer Kameraden körperlich schwer mißhandelt hat. Die Angelegenheit wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Auch bei diesem Unternehmer, so stellte die Versammlung fest, sind bei jeder Gelegenheit Ueberstunden an der Tagesordnung. Bei

den Schlachthofarbeiten, wo die Hölzer mit ägender Flüssigkeit gestrichen waren, ist den Zimmergesellen auch nicht einmal ein Zuschlag zu diesen Arbeiten gezahlt worden. Leider sind eine ganze Anzahl unserer Kameraden erst von der Arbeit weggelassen, als ihre Kleider vollständig ruiniert waren. Die Versammelten waren sich dahin einig, daß es recht sonderbare Zustände unter dem Burgfrieden gibt. Hierauf wurde die Versammlung, nachdem noch etliche interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, vom Vorsitzenden geschlossen.

**Chemnitz.** Unsere Mitgliederversammlung am 10. August hatte zunächst den Vorstand zu ergänzen. Nach einer kurzen Begründung durch den Kameraden Mally wurden die notwendigen Wahlen vollzogen. Ferner mußte auch für den Geschäftsführer, der ebenfalls seine Einberufung zum Militär erhalten hatte, eine Vertretung bestimmt werden. Die Wahl fiel auf den Kameraden Ungehüm, für den ein Wochenlohn von M. 42 festgesetzt wurde. Hierauf wurde die Gehaltsentschädigung für die Familie des Kameraden Mally geregelt. Unter „Verschiedenes“ wurde einem erkrankten Kameraden eine Unterstützung in Höhe von M. 20 bewilligt und ferner den Familien zweier Mitglieder je M. 5. Sodann beschloß die Zahlstelle ihre Beteiligung an dem Verein „Heimatbund“. Zwei Mitgliedern wurde die Vertretung übertragen. Die Anwesenden wurden noch aufgefordert, die Frauen unserer eingezogenen Mitglieder, wenn ihnen Schwierigkeiten beim Bezug von Unterstützung bereitet würden, an den Zahlstellenvorstand zu verweisen. Mit Glückwünschen für den Kameraden Mally fand die Versammlung ihr Ende.

**Hamburg und Umgegend.** Wie im Zeichen des Burgfriedens manche Unternehmer im Baugewerbe es verstanden haben, die vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu durchbrechen, wodurch sie den in Betracht kommenden Zimmerern den Lohn kürzten und ihnen die Mittel zum Lebensunterhalt schmälerten, ist schon mehrfach im „Zimmerer“ dargetan worden. Manchmal tragen bei solchen Kürzungen der tariflich vereinbarten Löhne leider die eigenen Kameraden einen Teil der Schuld mit, indem sie sich stillschweigend diese Kürzungen gefallen lassen und die Organisationsleitung entweder gar nicht oder viel zu spät von derartigen Vorkommnissen in Kenntnis setzen. Als Beweis für obiges das Folgende: Die Firma Trebitz & Reitz hatte im vergangenen Jahre den Bau von mehreren hölzernen Brücken bei der Mitterregulierung in Winterhude — Arbeiten für den Hamburger Staat — auszuführen. Hierbei kam Wasser- und Karbolineumarbeit in Betracht. Nach den vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Baugewerbeverband zu Hamburg (Arbeitsgeberorganisation) ist vorgesehen: „Wenn Kamm- und Wasserarbeit mit der Verarbeitung von Holz mit frischem oder abtrocknendem Karbolineumantich zusammenstrift, so ist dafür der Zuschlag für Wasser- sowie Karbolineumarbeit zugleich zu gewähren, so daß der Gesamtzuschlag 20 % pro Arbeitsstunde beträgt.“ Dem Zahlstellenvorstand wurde im Oktober 1914 Mitteilung gemacht, daß die Firma den tariflichen Zuschlag nicht zahle. Nach Beschichtigung der Arbeitsstellen durch den Vorsitzenden der Zahlstelle wurde Beschwerde beim Baugewerbeverband eingereicht. Die Schlichtungskommission beschloß am 3. November 1914, daß die Firma Trebitz & Reitz den Zuschlag für Wasserarbeit und den Zuschlag für Karbolineumarbeit in allen den Fällen zahlen müsse, in denen die Hölzer vor ihrer Anbringung mit Karbolineum gestrichen waren. Dieser Beschluß wurde der Firma durch die Schlichtungskommission per eingeschriebenen Brief übermittelt. Gleichfalls wurden die Kameraden von dem Entscheid in Kenntnis gesetzt. Nun konnte man der Meinung sein, daß diese strittige Angelegenheit erledigt sei, um soviel mehr, da keiner von den beteiligten Kameraden mehr etwas von sich hören ließ. Ende des Jahres 1914, nachdem die Brücken fertiggestellt waren, brachten einige Kameraden nach ihrer Entlassung erneut Beschwerde vor, daß sie den Zuschlag nachträglich nicht mehr erhalten hätten. Nach den gemachten Feststellungen ergab sich, daß sich die Zimmerer mit einigen Mark Geld für den Zuschlag hatten abspesen und nicht auf die wöchentliche Auszahlung des Zuschlages bestanden hatten. Als Entschädigung führten sie an, es sei ja Winter und die Firma hätte ihnen versprochen, nach Fertigstellung der Brücken abzurechnen. Wegen dieser Sache wurde nunmehr erneut Beschwerde seitens des Zahlstellenvorstandes gegen die Firma beim Baugewerbeverband erhoben. Die Schlichtungskommission befaßte sich nun in mehreren Sitzungen wiederum mit der Beschwerde und entschied, daß die Firma die Summe von M. 165,90 für die nicht bezahlten Zuschläge an fünf Zimmerer zahlen müsse. Die Firma hatte Einspruch gegen den Entscheid der Schlichtungskommission nicht erhoben. Trotzdem nun die Firma mehrfach schriftlich durch eingeschriebenen Brief vom Baugewerbeverband aufgefordert wurde, die Summe von M. 165,90 einzuzahlen, ist sie diesem nicht nachgekommen. Der Zahlstellenvorstand sah sich deshalb veranlaßt, im Einverständnis mit den Zimmerern, Klage beim Gewerbegericht Hamburg gegen die Firma auf Zahlung der Summe von M. 165,90 zu erheben. Drei Termine haben in dieser Sache vor dem Gewerbegericht Hamburg stattgefunden. Die beklagte Firma bestritt zunächst alles. Da nun auch die Aussagen der Zimmerer bezüglich der angegebenen Anzahl der Stunden differierten, mußten zunächst darüber genaue Feststellungen gemacht werden. Im letzten Termin beschloß das Gewerbegericht, daß den fünf Klägern insgesamt M. 38,70 für gearbeitete Wasserstunden durch die beklagte Firma zu zahlen sind. Diese Summe wurde sofort hinterlegt. — Hätten die Kameraden zur rechten Zeit auf den Baustellen aufgepaßt und ihre Beschwerde der Organisationsleitung bekanntgegeben, so wären sie nicht durch die benannte Firma um einen großen Teil des zuzustehenden Lohnes (Zuschläge) gekommen. Deswegen muß es Aufgabe der Mitglieder sein, ihre Rechte auf den Baustellen auch während der Kriegszeit in jeder Beziehung geltend zu machen, sich aber auch innerhalb der Organisation zu betätigen, dann können solche Vorkommnisse nicht eintreten.

**Liegnitz.** Daß die Interessiertheit unter den Liegnitzer Kameraden größer zu werden scheint, zeigte die Versammlung am 18. August; sie hatte sich nur mit Verbandsangelegenheiten zu beschäftigen, was immerhin Material genug war, wozu mehrere Kameraden erscheinen konnten. Bezüglich des in der vorigen Versammlung besprochenen Falles, wo ein Unternehmer im Liegnitzer Kreise Zimmerarbeiten ausführt, wurde mitgeteilt, daß der dort beschäftigte Bolier den in Arbeit tretenden Kameraden sagt, es gebe nur den Tariflohn

ohne Landzulage. Die Versammlung bewilligte sodann für diejenigen Kameraden, welche nach dem 15. Juni zum Heeresdienst eingezogen wurden, M. 6 pro Mitglied aus der Lokalkasse. Dieser Betrag gelangt jedoch erst am Schlusse des Quartals zur Auszahlung. Der Vorsitzende brachte dann die Bekanntmachung des Zentralvorstandes zur Kenntnis. Da wir ebenfalls Mitglieder in Ostpreußen haben, so wird ihnen mitgeteilt werden, daß sie den Anweisungen des Zentralvorstandes gerecht werden. Kamerad Seidel brachte zur Sprache, daß sich ein Mitglied bei ihm abgemeldet habe. Desgleichen ist ein Mitglied schriftlich an seine Pflichten erinnert worden und wird, wenn es seinen Bescheid bringt, nach dem Statut verfahren werden. Eine Anfrage eines Kameraden bezüglich der im Felde gefallenen Mitglieder wurde dahin beantwortet, daß von dem zweiten Kameraden die amtliche Sterbeurkunde vorliegt, sein Name wird in der Sterbetafel des „Zimmerer“ veröffentlicht werden. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Sterbetafel.**

- Breslau.** Das Mitglied Paul Baumann ist im Alter von 46 Jahren verstorben.
- Hannover.** Am 2. August starb in der Heil- und Pflegeanstalt zu Hildesheim unser Kamerad Georg Granthien im 38. Lebensjahre.
- Nürnberg.** Am 16. August starb unser Kamerad Georg Leidig an der Proletarietkrankheit im Alter von 32 Jahren.

**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Bei einem Neubau in der Neustadt in Bremen sollte ein Balken mittels einer Winde zum Dachgeschoß befördert werden. In halber Höhe glitt der Balken plötzlich aus der Schlinge des Windentaus und traf einen auf der Baustelle beschäftigten Zimmermann. Er erlitt eine so schwere Fußverletzung, daß er im Sanitätsauto dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Am Neubau der Anilinfabrik in Oppau ereignete sich am 23. August ein schweres Bauunglück. Einige Bauarbeiter frühstückten im Zugkanal des Kesselhauses, und zwar gerade unter einer mit Bordschwelle abgedeckten Öffnung. Auf den Brettern der Abdeckung lagerten Zementfäcke, Chamottesteine und andere Baumaterialien. Sei es nun, daß die Bretter schlecht oder daß die Abdeckung überlastet war, die Decke brach und verschüttete die frühstückenden Arbeiter. Zwei Arbeiter sind tot, einige andere schwer verletzt. — Beim Neubau des Krebentheilens in Alttötting verunglückte der 47 Jahre alte Zimmermann Joseph Wimbauer tödlich. Eine auf der Dachschalung angebrachte Leiter löste sich und fuhr mit Wimbauer vom Dache ab.

**Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.**

**Die ortsüblichen Tagelöhne,** die nach der Reichsversicherungsordnung jetzt kurz „Ortslöhne“ heißen, sollen neu festgesetzt werden, und zwar erstmalig auf die lange Zeit von vier Jahren und allgemein im deutschen Reich. Es sollte das schon im Vorjahre geschehen, die Vorarbeiten wurden aber durch eine Bundesratsverordnung unterbrochen. Die neuen Sätze sollen am 1. Januar 1916 in Kraft treten. Der Ortslohn hat eine vielfache Wichtigkeit. Er dient zum Beispiel in der Krankenversicherung zur Berechnung der Barleistungen für alle „landkrankenkassenpflichtigen“ Personen, das sind die Hausgewerbetreibenden, die Landarbeiter und die Dienstboten, wenn durch Ortsstatut nichts anderes bestimmt ist. Bei den unständigen Arbeitern richten sich Beiträge und Leistungen unter allen Umständen nach dem Ortslohn. Weiter hat sich allgemein für alle Arbeiter, auch die gewerblichen, die Gepflogenheit herausgebildet, daß sie nicht als Krankenversicherungspflichtig angesehen werden, wenn sie weniger als ein Drittel des Ortslohnes verdienen. In der gewerblichen Unfallversicherung wird nach ihm die Berechnung der Unfallrente vorgenommen, wenn der Jahresarbeitsverdienst des Verunglückten nicht das Dreihundertfache des Ortslohnes für Erwachsene erreicht. Weiter dient er für solche der Invalidenversicherung angehörigen Personen, die nicht Mitglieder einer Krankenkasse sind, zur Berechnung der Invalidenversicherungsbeiträge. Nach dem Ortslohn werden noch die Familienunterstützungen der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften des Heeres und der Marine, nach § 124 b der Gewerbeordnung der Höchstbetrag der Entschädigung an die Unternehmer bei Vertragsbruch der Arbeiter, und schließlich noch die Unfallrenten der Gefangenen bemessen.

Es ist ein bekannter Uebelstand, daß die behördlich festgesetzten Ortslöhne meist viel zu niedrig sind und nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Nach der amtlichen Zusammenstellung gibt es Sätze von M. 1,20 für erwachsene männliche Arbeiter. Namentlich die Provinz Schlesien „zeichnet“ sich nach dieser Richtung hin aus. Für erwachsene weibliche Personen geht der Satz bis auf 70 % herunter, für jugendliche Arbeiter auf 40 %. Es gibt noch viele Großstädte, die für erwachsene männliche Arbeiter nicht mehr als M. 3 festgesetzt haben. Diese zu niedrigen Festsetzungen bedeuten natürlich eine erhebliche Schädigung der Arbeiterschaft. Es müßte daher alles darangesetzt werden, die Ortslöhne überall zu erhöhen. Die Lebensmittelpreise haben eine ungeahnte Höhe erreicht und es ist nicht anzunehmen, daß sie auf den früheren Stand zurückgehen. Hier und da sind die wirklich gezahlten Löhne dieser „Entwicklung“ schon angepaßt worden und nach dem Kriege wird und muß das in noch größerem Umfange geschehen. Auf alles das muß bei der Festsetzung Bedacht genommen werden. Die endgültige Festsetzung der Ortslöhne geschieht durch die Oberversicherungsämter; die Gemeindebehörden, Krankenkassenverbände, Versicherungsämter usw. sollen darüber zuvor gutachtlich gehört werden. Es gilt also, auf diese Stellen in dem hier dargelegten Sinne rechtzeitig einzuwirken.



**Aus dem Felde.**

Vor O . . . , den 25. Juli 1915.  
Liebe Freundin!

Deinen Brief, lieber W., sowie die Flasche Medizin dankend erhalten. War mir sehr willkommen; vertreibt doch ein guter Tropfen immer die Bazillen aus Kopf und Magen. Mein körperlicher Zustand hat sich wieder gebessert und bin ich fast „normal“. Du hast ganz recht, aufrichtige Neutralität in der Abstimmungsfrage war doch das Klügste; so brauchen wir wenigstens in dieser Frage nicht umzulernen. Bei Euch dreht sich jetzt ja alles um das Umlernen. Eins ist sicher, die Friedensidee hat durch diesen furchtbaren Krieg gewaltig an Boden gewonnen. Aber auch der Gedanke hat unter uns festen Boden gewonnen, daß die Friedensbedingungen so beschaffen sein müssen, daß ein solcher Krieg in Zukunft unmöglich ist. Es muß auch alles vermieden werden, was unsere Gegner in den Glauben berufen könnte, Deutschland pfeife auf dem letzten Loch, es sei am Ende seiner Kraft. Die Aufnahme derartiger Unterrufe im feindlichen Ausland beweist, daß damit einem baldigen Frieden nicht gedient ist. Man sieht dort in diesen Einzelstimmen ein lebhaftes Friedensbedürfnis Deutschlands infolge Schwäche und jetzt sich in dem Gedanken fest, eine einfache Hinauszögerung des Krieges führe logisch zur völligen Ueberwindung Deutschlands. In der Annexionsfrage wird doch wohl mancher umlernen müssen. Vor allem denke ich hier an den russischen Vampir. Für was soll das viele deutsche Blut geflossen sein? Würde man, den Gedanken hier weitergetragen, auch von Unterdrückung fremder Nationen, Raub ihres Selbstbestimmungsrechts reden können bei einem Staat, der es verstanden hat, mit brutalster Gewalt ungeheure Gebiete unter seine Herrschaft zu bringen und infolge dieser Macht und seiner Raubtier Eigenschaften eine ständige Gefahr für die Selbständigkeit aller noch unabhängigen Nationen und für den Weltfrieden ist? Diefem Antier müssen die Giftzähne ausgezogen werden. Abwarten also, bis Ihr die Meinung derer hört, die hier draußen im Eisenregen liegen.

Wir sind wieder 35 km vorgestoßen und liegen seit dem 20. vor der Festung O. In der Nacht vom 15. zum 16. räumte der Feind seine Stellungen vor uns. Auf Hochposten und Patrouille hörten wir schon während der ganzen Nacht ein lebhaftes Wagenfahren, konnten aber nicht wissen, was es war, da dichter Wald jeden Einblick hinter die feindlichen Gräben verließ. Vom Eintritt der Dunkelheit an bis gegen 3 Uhr morgens unterließen die Russen ein außergewöhnlich lebhaftes Artillerie- und Infanteriefeuer auf unsere Stellung. Um 3 Uhr war alles still. Da rechts und links unseres Abschnittes die Stellung des Feindes bereits mehrfach durchbrochen war, rechnete unsere Führung wohl schon mit dem jetzt eintretenden Fall. 3 1/2 Uhr wurden starke Offizierspatrouillen vorgeschickt. Und siehe, unbelästigt konnten diese bis an die Drahtverhaue kommen, unbelästigt dieselben durchschneiden und in die Stellungen des Gegners eindringen. Das Nest war leer. Unmassen von Munition und Lebensmitteln hatten die Russen liegen lassen. Um 9 Uhr kam der Befehl zur allgemeinen Verfolgung des Feindes. Voran eine mit großen Zwischenräumen ausgeschwärmte Schützenlinie, dahinter die geschlossenen Abteilungen. Hier konnte man sehen, wie meisterhaft der Russe seine Verteidigungsstellungen ausbaut. Freigelegene Schützengräben, wie wir sie haben, kennt er nicht. Alles ist mit dicken Baumstämmen belegt, darauf Sandsäcke, noch eine Schicht Baumstämme und einen halben Meter Sand; also so ziemlich bombensicher. Eine schmale Schießscharte ist die einzige Öffnung nach der vorderen Seite. Immer dichter kamen wir in den Wald hinein. Große Kräfte muß der Russe hier in Reserve gehabt haben. Die Unterstände, die in diesem Gebiete gebaut waren, nehmen wohl die Bevölkerung einer mittleren Stadt auf. Sogar kleine reizende Kapellen waren in diese Waldstadt eingebaut. Dazwischen schöne Blockhäuser, wohl für höhere Offiziere. Vieles war noch im Bau. Große Zimmerplätze gab es hier. In einem Baumstamm steckte noch die Brettsäge. Nur für innere Ausstattung, den Komfort, die gemüthliche Wohnung, hat der Russe kein Verstandnis. Nur selten findet man Stroh zur Lagerstatt. Tische und Bänke fehlen vollständig, auch sonstige Bequemlichkeiten. Als Wandschmuck findet man sehr oft Heiligenbilder. — Abends 8 Uhr machten wir in einer kleinen Talenke Halt und schlugen unsere Zelte auf. Unsere Kavallerie hatte im nächsten Dorf die feindliche Nachhut erreicht. Brennende Dörfer zeigten uns ebenfalls, wie weit die Russen waren. Die Nacht war ungemüthlich. Es regnete in Strömen. Doch die Müdigkeit und Schlaflosigkeit des Körpers war so groß, daß trotz allen Ungemachs bald alles in tiefem Schlaf lag. Steif gefroren, an allen Gliedern zitternd, erwachte man jedoch schon nach wenigen Stunden. Im Laufe des nächsten Vormittags wurde der Weitermarsch angetreten. Es ging vorläufig nur 10 km bis D., ein großes, schönes Dorf. In diesem Dorf waren die Ortsbewohner alle zurückgeblieben. Auch hatten die Russen hier nichts in Brand gesteckt. Gut zu sprechen waren die Leute aber doch nicht auf das russische Regime. Die Bauern hatten alles liefern müssen gegen Scheine. Ein alter Bauer erzählte unserm Dolmetscher einige Erlebnisse aus seiner Militärdienstzeit. Acht Jahre hatte er dem Zaren dienen müssen. Die Verpflegung des russischen Soldaten im jetzigen Krieg bezeichnete er als gut. — Gegen Abend wieder Aufbruch. Das nächste Dorf, Z., sollte von uns besetzt werden. Nach Aussagen unserer Kavalleriepatrouillen sollten nur noch schwache Nachhutkräfte da sein. Nachdem es schon völlig dunkel war, langten wir vor dem Dorf an. Doch wer beschreibt unsern Schrecken, als auf einmal das ganze Dorf in Flammen aufgeht. Und schon kommen auch die Schrapnells angefaßt. Durch schnelles Vorgehen hinter Häuser und Sanddünen gelang es uns, aus dem Bereich des feindlichen Artilleriefeuers zu kommen. Jetzt hieß es für uns, die Dinen, die sich im Halbkreis ums Dorf zogen, besetzen und uns einbuddeln. Bis zum hellen Morgen haben wir gefochten. Nun konnten wir uns erst einmal orientieren, wo wir eigentlich waren und wie es vor uns aussah. Noch brannten die letzten Häuser. Die Russen stecken wohl alles in Brand, um unsern Anmarsch sehen zu können. Aber in erster Linie brennen sie alle Getreidevorräte nieder. Selbst Roggenfelder stecken sie in Brand, auch Bienenstöcke, was man nicht für möglich

halten sollte. Die Leute müssen Hals über Kopf heraus, ganz gleich, ob sie ihr Hab und Gut mitbekommen oder nicht. Wir trafen in verlassenen Häusern noch eine Menge Vieh: Rind, Schwein, Hammel und vor allem Hühner. Na, wir hatten wieder einmal Hühnersuppe und frisches Fleisch. Der größte Teil des Dorfes war niedergebrannt; es war wieder ein großes Dorf. Das Landschaftsbild ist schon ein ganz anderes als in unserer vorhergehenden Stellung. Die Felder liefern hier reichen Ertrag. Hübsche Gemüsegärten umgeben die Häuser. An der inneren Einrichtung der Häuser konnte man sehen, daß die Leute schon einen höheren Grad von Wohlstand erreicht haben, im Gegensatz zu den Sandbauern, die in recht bedürftiger Armut dahinleben. Auch Laubholz bekamen wir hier wieder mal zu sehen. Hinter dem Dorf dehnt sich ein Wald aus. Hier hatten die Russen schon früher gebaute starke Befestigungen bezogen. Die Artillerie schützte uns während des Tages mehrmals ihre Grüße. Doch bald hatte auch unsere uns auf dem Vormarsch folgende Artillerie die feindliche Stellung entdeckt und ununterbrochen donnerte sie hinüber. Wir besetzten unsere Stellung noch, so gut es ging, um Angriffe einigermaßen Widerstand leisten zu können. Doch in der nächsten Nacht räumte der Russe auch diese Stellung. Am andern Morgen ging's weiter. Jetzt ging's durch bis an den Narew; auf der andern Seite liegt die Festung D. Wir dachten erst, gleich dort unsern Einzug halten zu können. Aber — da harr en Uhl seiten. Die Festung ist ziemlich stark ausgebaut und anscheinend sehr stark besetzt. Die Brücken über den Narew sind gesprengt. Versuche der Pioniere, Brücken zu schlagen, wurden unter Verlusten unmöglich gemacht. Unsere Artillerie hat wohl noch ein großes Stück Arbeit zu leisten, ehe wir einziehen können; doch hoffe ich, daß wir drinnen sind, wenn dieser Brief in Eure Hände gelangt. Dicht am Narew, auf unserer Seite, liegt eine große Brauerei. Die Speicher mit den Malz- und Gerstevorräten sind alle niedergebrannt. Aber die Keller mit den Biervorräten waren noch intakt. Jetzt ist leider jedes Fäßchen leer. Allerdings, so wohl-schmeckend wie unseres ist das russische Bier nicht. Zur Brauerei gehört auch ein großer schattiger Biergarten. Offenbar ist hier ein beliebter Ausflugspunkt von D. aus. — Von unserer letzten Stellung bis hierher vor D. zählten wir fünf stark besetzte Stellungen der Russen. Drahtverhaue bis 20 m tief. Für uns wären diese Stellungen un-einnehmbar gewesen. Der Druck von links und rechts muß schon sehr stark gewesen sein, sonst wäre ein Aufgeben dieser Stellungen nicht denkbar gewesen. Hoffen wir, daß das rasche Vorwärtsspringen auch einen baldigen Frieden folgen läßt. Danach sehnt sich alles. In wenigen Tagen ist es ein Jahr, seitdem wir herausgerissen wurden aus unsern Familien. Harte Strapazen, große Entbehrungen haben wir erduldet, und stärker als je wird das Bedürfnis nach einem dauernden Frieden zum Durchbruch kommen. Möge dieser schaurige Krieg der letzte sein und die Menschen endlich wirklich Menschen werden, nicht wie wilde Tiere sich gegenseitig abschlachten. Nochmals besten Dank für den guten Tropfen. Mit herzlichsten Grüßen Euer D. S.



**Literarisches.**

Heft 22 der „Neuen Zeit“ vom 27. August 1915 hat folgenden Inhalt: Adolf Braun: Politische Wurzeln des Syndikalismus. — R. Kautsky: Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung. — Heinrich Cunow: Vom Wirtschaftsmarkt. — Paul Wolf: Zum Nationalitätenproblem in Belgien. — Rudolf Hilferding: Kritisches Mißverständnis oder miß-verständliche Kritik. — Literarische Rundschau: Gustav F. Steffen, Weltkrieg und Imperialismus. Dr. Sten Konow, Indien unter der englischen Herrschaft. Max Vermorn, Allgemeine Physiologie.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 18. Nummer des 32. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 M. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 25 des 25. Jahrganges zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 M. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 M., unter Kreuzband 85 M. Jahresabonnement M. 2,60.

**Arbeiter-Jugend.** Die lehterschienene Nr. 18 des siebten Jahrgangs hat unter anderem folgenden Inhalt: Jugend und Sozialismus. — ImSymphoniekongert. (Schluß.) Von L. Rudolph. — Peter Spachterle. Von Sepp Dexter. — Vom Trentino. (Mit Abbildungen.) — Für künftige Tage. Von W. Sollmann. — Zur Urgeschichte Rußlands. Von W. Sommer. — Aus der Jugendbewegung.

**Versammlungsanzeiger.**

- Dienstag, den 7. September:**  
Ziehoe: Abends 8 Uhr bei H. Thießen, Am Markt.  
Langensalza: Gleich nach Feierabend im „Oberer Felsenkeller“.  
Senftenberg: Abends 7 1/2 Uhr bei Schönert in Pittendorf.  
Wedel: Abends 8 Uhr im Lokale von W. Struckmeyer.
- Mittwoch, den 8. September:**  
Elbing: Eine Stunde nach Feierabend im Volkshaus, Holzstr. 4.  
Guben: Eine Stunde nach Feierabend im „Volksgarten“, Croßener Straße.
- Freitag, den 10. September:**  
Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.
- Sonabend, den 11. September:**  
Kulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hof, Friedhoffstraße.
- Sonntag, den 12. September:**  
Cüstrin: Nachm. 3 1/2 Uhr. — Elvershausen: Nachm. 8 Uhr bei Aug. Keune, „Zum Jägertrug“. — Gumbinnen: Morgens 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Hospitalstraße.



**Es starben den Heldentod fürs Vaterland unsere Verbandskameraden aus folgenden Zahlstellen:**

Altenburg: Florus Göhmer aus Ischachwitz, gefallen am 15. Juli. — Bad Harzburg: Karl Bothe, gefallen am 4. März; Hermann Koch, gefallen am 12. Juli; Wilhelm Vöhr. — Bamberg: Michael Saffurter, Reservist im 2. bayerischen Pionier-Bataillon, gefallen. — Berlin: Emil Danowski, 23 Jahre alt, ledig, Infanterist im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 18, verwundet am 23. Juli, verstorben am 6. August. — Bernburg: Willy Trog, 27 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 3. Juli. — Boizenburg: Wilhelm Witt, 22 Jahre alt, Pionier, gefallen am 23. Juli. — Brake i. O.: Heinrich Voof, gefallen am 2. Juli; Fritz Winter, gefallen am 4. Juli. — Bremen: F. Sapp, gefallen am 15. Juli; Bezirk Rotenburg: S. Lüdemann, gefallen am 26. Juli. — Breslau: Hermann Lamet, 30 Jahre alt, gefallen; Ernst Wünsche, 33 Jahre alt, gefallen; August Kohner, 36 Jahre alt, gefallen; Heinrich Richter, 25 Jahre alt, gefallen. — Bromberg: Johann Cichanski, Unteroffizier im 2. Pionier-Bataillon, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen am 3. Juli. — Brunsbüttel: Joseph Wolf aus Lodenburg, gefallen am 5. Dezember in Gefangenschaft im Militärhospital in Moskau; Adolf Schröter aus Tillendorf, gefallen am 27. Juni. — Castrop: Hermann Röwe, 22 Jahre alt, diente im Infanterie-Regiment Nr. 217, gefallen am 20. Mai. — Celle: Theodor Kniep, 25 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 14. August. — Coblenz: Fritz Kofmann, aktiver Soldat im Pionier-Bataillon Nr. 21, gefallen am 28. Dezember; Jacob Gräß, aktiver Soldat im Festungs-Pionier-Regiment Nr. 30, gefallen am 29. Juni; Johann Merz, Landwehrmann, gefallen am 24. Juli. — Crefeld: Franz Wolters, 26 Jahre alt, Unteroffizier im Pionier-Regiment Nr. 24, gefallen am 18. Juli. — Crimmitschau: Max Pfeiffer, 31 Jahre alt, Wehrmann, gefallen; Albert Franke, 31 Jahre alt, Wehrmann, gefallen; Oswald Schreck, Pionier, gefallen; Max Tröger, 26 Jahre alt, Reservist, gefallen. — Crivitz: C. Krull, verheiratet, gefallen am 27. Juli. — Croßen: Karl Kaiser, Gefreiter im Infanterie-Regiment Nr. 152, gefallen am 18. Juni. — Delmenhorst: Johann Ahrens, ledig, Reservist, gefallen am 20. Juli; Heinrich Becker, 27 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier der Reserve, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gestorben im Feldlazarett am 26. Juli; Johann Lünjes, 25 Jahre alt, ledig, Reservist, gefallen am 26. Juli; Heinrich Arst, 20 Jahre alt, diente im Infanterie-Regiment Nr. 91, verwundet am 25. Juni, verstorben im Lazarett zu Sagan am 8. Juli; Dietrich Moshstedt, 25 Jahre alt, ledig, Reservist in der 3. Sanitäts-Kompagnie im Feldlazarett 7, am 10. August einer schweren Krankheit erlegen; Joh. Glander, 25 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier der Reserve, gefallen am 5. August. — Dießen: Josef März, 24 Jahre alt, Unteroffizier in der 2. Landwehr-Pionier-Kompagnie, gefallen am 30. Juli. — Dortmund: Gottlieb Schwinf, 27 Jahre alt, verheiratet, gefallen. — Droyßig: Otto Reinhold, langjähriger Zahlstellenvorsitzender, Landwehr-Pionier, gefallen. — Duisburg: Theodor Becker, 27 Jahre alt, ledig, Ersatzreservist im Infanterie-Regiment Nr. 56, gefallen am 4. Juli. — Düsseldorf: Ernst Nordfick, 28 Jahre alt, gefallen im September. — Eisenach: Wilhelm Gabriel, gefallen am 13. Juli; Otto Altmuth, Hugo Göring aus Wolfsberingen, gefallen am 20. Juli. — Eisenberg: Friedrich Wegel aus Lautenhain, Unteroffizier im Infanterie-Regiment Nr. 153, gefallen. — Elbing: Bernhard Pelikan, 37 Jahre alt, Infanterist, gefallen. — Elmshorn: Hermann Jahn, gefallen am 13. Juli. — Eutin: Max Rohmann, 22 Jahre alt, ledig, Musketier im Infanterie-Regiment Nr. 215, gefallen am 24. April; Adolf Münnig, 23 Jahre alt, ledig, Musketier im Infanterie-Regiment Nr. 163, gefallen; Otto Wohlfahrt, 29 Jahre alt, ledig, Musketier im Infanterie-Regiment Nr. 31, gefallen. — Frankfurt a. M.: Wilh. Appel aus Wölfersheim, 26 Jahre alt, gefallen am 18. Mai; Georg Fischer IV aus Rohheim, 30 Jahre alt, gefallen am 1. Juni; Edmund Schmitt aus Frankfurt a. M., 34 Jahre alt, gefallen am 3. Mai; Wilhelm Werner aus Gr. Anheim, 30 Jahre alt, gefallen; Adam Göpfert aus Frankfurt a. M., 34 Jahre alt, gefallen am 10. Juni; Wilh. Nickel aus Eschborn, 36 Jahre alt, gestorben am 28. Juni; Seb. Reitz aus Wirthheim, 25 Jahre alt, gefallen; Heinrich Schäfer aus Glauberg, 23 Jahre alt, gefallen am 24. Mai; Georg Gottwald aus Stammheim, 27 Jahre alt, gefallen im Mai; Jakob Sauer aus Ziefhach i. L., 22 Jahre alt, gefallen am 9. August; Georg Kempf aus Obererlenbach, 24 Jahre alt, gefallen am 17. August. — Genthin: K. Schulze, Landsturmann, gefallen. — Gießen: Karl Sammel aus Steinbach, gefallen. — Glogau: Gustav Pöpsold, 27 Jahre alt, verheiratet, diente im Infanterie-Regiment Nr. 58, gefallen; Franz Drauschke, 22 Jahre alt, ledig, aktiver Unteroffizier im Pionier-Bataillon Nr. 5, gefallen. — Gollnow: Oswald Becker, 24 Jahre alt, gefallen am 31. Mai. — Göttingen: Artur Raug, diente im Infanterie-Regiment Nr. 95, gefallen am 14. Juli; Franz Frebe, diente im Infanterie-Regiment Nr. 82, gefallen am 19. Juli; Gulbreich Eberhardt, diente im Infanterie-Regiment Nr. 82, gestorben an den Folgen seiner Verwundung im Lazarett in Laurahütte. — Graudenz: Otto Lederthel, Reservist im Pionier-Regiment Nr. 18, Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und 2. Klasse, gefallen am 21. Juni. — Groß-Neuendorf: Otto Hagen, 28 Jahre alt, ledig, Reservist im 4. Garde-Infanterie-Regiment, schwer

verwundet durch Granatsplitter am 5. Oktober, seinen Verletzungen erlegen am 11. Oktober. — Groß-Zimmern: Johannes Brunner, 26 Jahre alt, Reservist, gefallen am 7. Juni. — Grünberg i. P.: Hermann Kasper, 25 Jahre alt, ledig, Gefreiter im Infanterie-Regiment Nr. 6, gefallen am 8. Mai. — Guben: Fritz Kappe, verheiratet, Gefreiter im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 52, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen am 26. Juli; Alfred Möhring, 22 Jahre alt, Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 26, gefallen am 31. Juli. — Halle a. d. S.: Hermann Horn aus Teicha, ledig, gefallen. — Hamburg: Daniel Schmidt, 33 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 25. Juli; Emil Kuhlmann, 34 Jahre alt, verheiratet, verwundet am 5. August, gestorben am 13. August; Robert Meyer, 30 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 30. Juli; Bezirk Harburg: Gustav Sander, 28 Jahre alt, verheiratet, gefallen; Hermann Schmidt, 28 Jahre alt, verheiratet, im Lazarett zu ... seinen Verwundungen erlegen. — Hannover: Wilhelm Webbecke, 25 Jahre alt, ledig, Ersatzreservist im Infanterie-Regiment Nr. 78, gefallen am 1. August. — Heilbronn: Friedrich Hausmann aus Alfeld, Wizefeldwebel der Landwehr im Pionier-Bataillon Nr. 13, Inhaber der Silbernen Militärverdienstmedaille, gefallen; Karl Pfau aus Sontheim, diente im Infanterie-Regiment Nr. 121, gefallen; J. Amberle aus Laufen a. Neckar, diente im Pionier-Bataillon Nr. 13, gefallen. — Hirschberg i. Schl.: Wilhelm Güttler, 24 Jahre alt, verheiratet, Ersatzreservist, gefallen am 30. Mai; Paul Reichstein, 34 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann, gefallen am 9. Juni; Wilhelm Opitz, 20 Jahre alt, Musketier, gefallen am 10. Mai. — Kahl a.: Franz Säger aus Löblich, Grenadier, gefallen am 11. August. — Königsberg in Preußen: Ferdinand Schmisser, 23 Jahre alt, ledig, Pionier, gefallen; Karl Gerlach, 35 Jahre alt, verheiratet, gestorben an Krankheit; Robert Gerlach, 30 Jahre alt, verheiratet, Pionier-Unteroffizier, gefallen; Paul Haase, 36 Jahre alt, verheiratet, Füllkier, gestorben an Verwundung; Albert Schmoor, 35 Jahre alt, verheiratet, gestorben an Verwundung; Herm. Ochwald, 39 Jahre alt, verheiratet, gestorben an Verwundung; Max Koschitzki, 34 Jahre alt, ledig, Reservist, gestorben an Verwundung; Herm. Weit, 40 Jahre alt, verheiratet, Landsturmann, gefallen; Gust. Sanio, 28 Jahre alt, verheiratet, gefallen; Carl Pfeiffer, 25 Jahre alt, verheiratet, Ersatz-Reservist, gefallen; Karl Schulz, 33 Jahre alt, verheiratet, Pionier, gefallen; Fritz Gwaid, 26 Jahre alt, ledig, Ersatz-Reservist, gefallen; Otto Lobe, 20 Jahre alt, ledig, Pionier, gefallen; Max Wermuth, 26 Jahre alt, verheiratet, gestorben an Verwundung. — Laage: Erdmann Meier, 28 Jahre alt, diente im Thüringischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 95, gefallen. — Leisnig: Oswald Lippold, gefallen. — Lörrach: Albert Kup, gefallen. — Magdeburg: Ernst Dähne, 26 Jahre alt, gestorben am 8. Juni im Lazarett in Dessau. — Mannheim i. M.: Anton Wetterle, zweiter Vorsitzender der Zahlstelle, Telegraphist, am 1. August im Sanatorium Alphersbach einer Erkrankung im Felde erlegen; Friedrich Bersch, 27 Jahre alt, Pionier-Gefreiter, gefallen am 20. Juli. — Marienthal: Peter Kujawski, ledig, Pionier im Pionier-Regiment Nr. 23, gefallen am 27. Juli. — Militisch: Robert Thomas und Emil Matke, gefallen. — Mühlhausen i. Thür.: Heinrich Semmann, 28 Jahre alt, verheiratet, gefallen. — Neugersdorf: Hermann Hauptmann aus Schönbach, 21 Jahre alt, ledig, gefallen. — Neuhaus a. d. E.: Fritz Eggert aus Dellin, 36 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Infanterie-Regiment Nr. 73, gefallen; Hermann Röwe, 22 Jahre alt, ledig, Musketier im Infanterie-Regiment Nr. 271. — Oepeln: Andreas Gallus, gefallen am 17. August. — Orlen: August Bartels aus Orlen und Wilhelm Schneider aus Görsroth, gefallen. — Philippsburg: Eduard Reif, Pionier in der 55. Feld-Pionier-Kompagnie, verwundet am 15. Juni, gestorben am 15. Juli. — Plauen i. V.: Emil Schille, 33 Jahre alt, langjähriges Vorstandsmitglied und früherer Vorsitzender der Zahlstelle, Ersatz-Reservist im Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 107, gefallen am 26. Juli; Franz Mitzka, 25 Jahre alt, Reservist im Infanterie-Regiment Nr. 134, gefallen. — Potsdam: Paul Stranz, verheiratet, Wehrmann im Pionier-Bataillon Nr. 3, gefallen am 18. Juli. — Ruda: Edwin Seime, 22 Jahre alt, ledig, diente aktiv beim Infanterie-Regiment Nr. 153, gefallen; Kurt Diele, 28 Jahre alt, verheiratet, gefallen. — Sand: Justus Engel, 24 Jahre alt, ledig, gefallen. — Scheuditz: Hermann Göhre, 40 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 23. Juli; Karl Krichmigen, ledig, gefallen Anfang Juli. — Schmiedeberg: Hermann Rottke, 30 Jahre alt, verheiratet, diente im Infanterie-Regiment Nr. 107, gestorben in der Garnison. — Schmölln: Ernst Funke, Ersatz-Reservist im Infanterie-Regiment Nr. 175, längere Jahre Vorsitzender der Zahlstelle, gefallen am 17. Juli. — Schwana: S. Both aus Kankel, Wehrmann im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 90, gefallen am 31. Juli; S. Hennings, verheiratet, gefallen am 20. August. — Schwärzenbeck: Helmut Harms aus Kollow, 20 Jahre alt, diente im Infanterie-Regiment Nr. 31, gefallen am 11. August. — Stavenhagen: Paul Sievert, 21 Jahre alt, gefallen. — Stettin: Richard Strahmann, 31 Jahre alt, Pionier-Unteroffizier, gefallen am 23. Juli; Gustav Habermann, 25 Jahre alt, Pionier, gefallen am 25. Juli. — Stuttgart: Chr. Mezger, 34 Jahre alt, Gottl. Strähle, 33 Jahre alt, Rob. Schmoihl, 31 Jahre alt, Ernst Strübel, 30 Jahre alt, K. Reumann, 23 Jahre alt, gefallen.

**Chre ihrem Andenken!**